

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 2 (1980)
Heft: 4

Artikel: KWU : Profit ohne Risiko
Autor: Mez, Lutz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652856>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

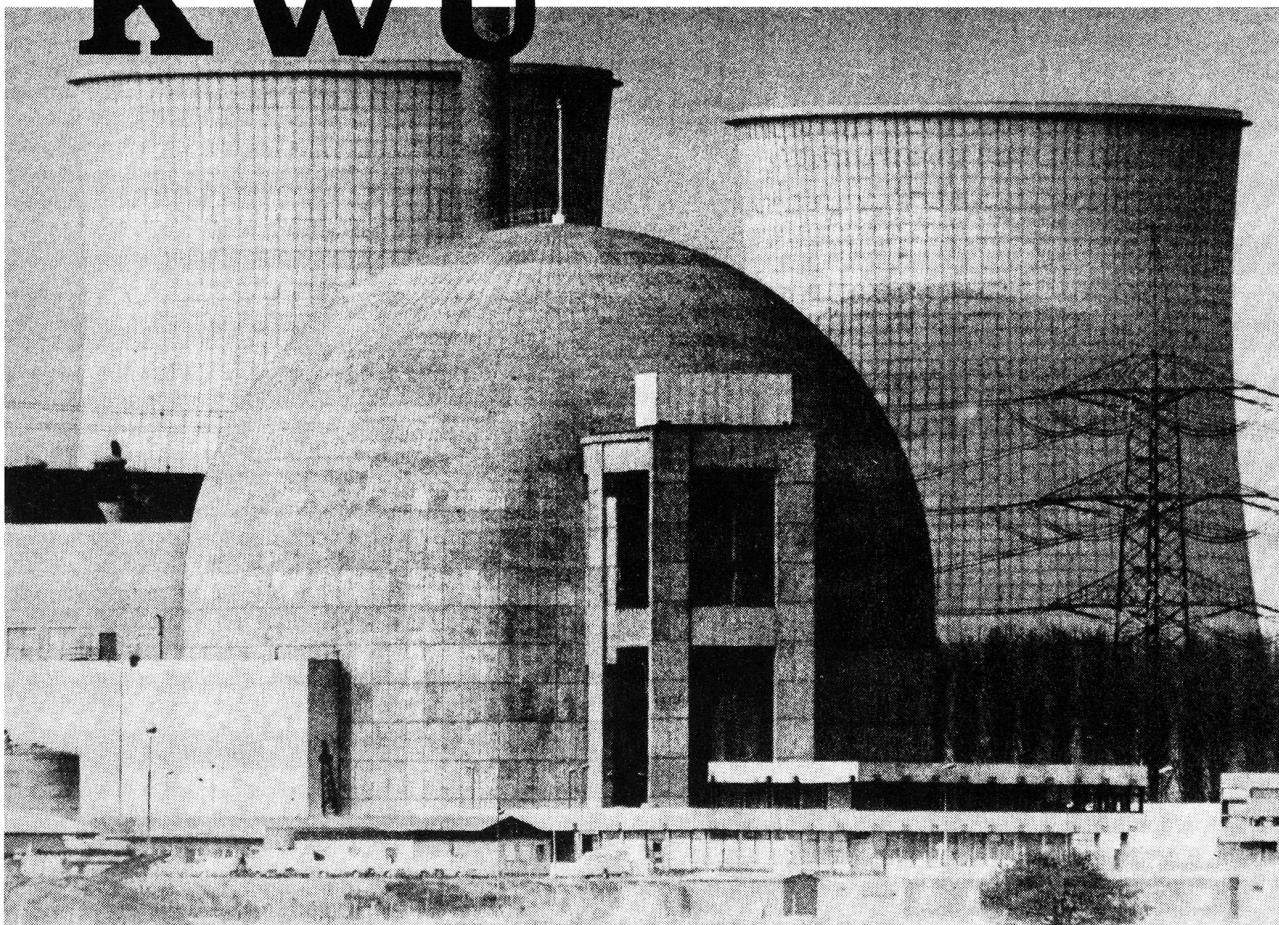
Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lutz Mez

KWU

Profit ohne Risiko



Weshalb wurde die KWU gegründet?

Ende 1968 vereinbarten die beiden führenden bundesdeutschen Elektrofertiger AEG und Siemens die Zusammenarbeit auf „Teilgebieten der Energietechnik“. Die Großkonzerne wollten ihr Turbinen- und Kraftwerksgeschäft sowie ihr Transformatorengeschäft in zwei neue Gesellschaften einbringen: Die Kraftwerk Union AG und die Transformatoren Union AG.

Nachdem die Rezession von 1967/68 auch auf dem Kraftwerksektor zu einer Krise geführt hatte (vor allem weil die Energieversorgungsunternehmen keine neuen Kraftwerke bestellten) beschlossen die beiden führenden Konzerne ihre Aktivitäten gemeinsam zu ordnen.

Am 1. April 1969 nahm die KWU mit 7809 Beschäftigten die Arbeit auf. Der Handelsregistereintrag vom 23.4.1969 benennt als Gegenstand des Unternehmens:

- a) Die Entwicklung, Fertigung und der Vertrieb von Dampfturbinen, Turbo-Generatoren und kompletten Turbosätzen,
- b) Planung, Entwurf, Vertrieb und Bau kompletter Wärme- und Kraftwerke einschließlich Kernkraftwerke sowie von typischen Kraftwerksteilanlagen und der Vertrieb von Kraftwerk-Komponenten.

Nachdem die Lizenzen mit den jeweiligen US-Konzernen, nämlich Westinghouse für Siemens, bzw. General Electric für AEG, ausgelaufen waren, wurde der KWU im April 1973 auch die nuklearen Aktivitäten von Siemens und AEG übertragen. Die technische Entwicklung lief in Richtung auf den Bau von großen und größten Einheiten. Damit verbunden waren Rieseninvestitionen für den Bau neuer, großer Fertigungseinrichtungen.

Gegenüber der amerikanischen Konkurrenz war jeder der beiden Partner allein nicht in der Lage, den enormen Entwicklungsaufwand zur Lösung der technischen Probleme aufzubringen.

Einen Teil des Risikos übernahm der Staat, der mit Subventionen in Mrd.-Höhe die Atomtechnik zur industriellen Anwendbarkeit brachte. Was den Kraftwerkmarkt betraf, so gingen AEG und Siemens von folgender grober Fehleinschätzung aus: der Kraftwerksektor ist gekennzeichnet durch ein stetiges Wachstum bei der Nachfrage nach Strom. Das habe zur Folge, daß die installierte Kraftwerkskapazität in den Industrieländern jährlich um 7% zunimmt; in den unterentwickelten Ländern sogar noch mehr, so daß der Weltdurchschnitt bei 8% pro Jahr liege.

Die KWU errechnete sich einen 30%igen Anteil des Weltmarktes — also eine Neubau-Kapazität von Kraftwerken von 50.000 MW pro Jahr.

AKW spielten hier eine wichtige Rolle. Ihnen wurde zugetraut, in der Dekade von 1970 bis 1980 ihren Anteil an der Stromerzeugung der BRD von 2% auf 28% zu steigern und damit wichtigste Energiequelle zur Stromerzeugung zu werden. Heute macht der Anteil der AKW an der Stromerzeugung 10% aus und wird auch in diesem Jahr nicht wesentlich höher liegen. Dabei hat es aber die KWU in der Kooperation mit den Elektrizitätsunternehmen (EVU) geschafft, daß die installierte Kapazität der Kraftwerke in der BRD bereits 1977 rd. 49% über der Höchstlast lag, gegenüber nur ca. 16% im Jahre 71. Die Energieversorgungsunternehmen haben also viel mehr Kraftwerke gebaut, als sie zur Stromerzeugung überhaupt brauchen.

Die Nuklearisierung der KWU

Als die KWU gegründet wurde, betrug die AKW-Auftragshöhe 720 Mio. DM, wobei die Aufträge für konventionelle Kraftwerke 409 Mio. DM ausmachten. Von dem 22 Mrd.-DM-Auftragsspolster, das die KWU gegenwärtig hat, entfallen 22 Mrd. DM auf AKW und der Rest auf andere Aktivitäten. Es wäre also korrekt, wenn sich die KWU „Atomkraftwerk-Union“ nennen würde – ganz im Gegensatz zu der Behauptung von Julius Busch, dem Betriebsratsvorsitzenden vom Werk Mülheim, der im Dezember 1976 in einem Interview mit der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ behauptet hatte: in erster Linie baut die KWU Kraftwerke und nicht Atomkraftwerke.

Obwohl die Belegschaft lieber nur komplette Kraftwerke bauen würde, hatte die Konzernleitung andere Investitionsentscheidungen getroffen. Die Bilanzanalyse der KWU-Geschäftsberichte zeigt die Folgen dieser Entwicklung ganz eindeutig; im Zuge der Nuklearisierung der Produktion mußte die KWU in ständig steigendem Ausmaß von anderen Unternehmen Waren beziehen, um das schlüsselfertig angebotene AKW auch liefern zu können. Im Zeitraum 1969 bis 1977 hat sich der Umsatz der KWU nahezu verfünffach – von 323,4 Mio. DM auf 4.761,9 Mio. DM. Dabei stieg der Anteil der bezogenen Waren am Umsatz von 27,9% (1969) auf 73,7% (1976) und die Löhne und Gehälter sanken von 88,8% auf 16,8%. Die Summe der Löhne und Gehälter hat sich dabei in diesem Zeitraum nicht einmal versechsfacht, der Stoffaufwand war 1976 nahezu 40 x größer als im Gründungsjahr. Gemessen am Atomkraftwerk-Weltmarkt, hatte die KWU mit 15% Eigenanteil beim Bau eines AKW eine schlechte Ausgangsposition. Zum Vergleich: Die führenden AKW-Hersteller Westinghouse und General Electric haben rd. 80 bzw. 70% Eigenanteil.

Um den Eigenanteil zu erhöhen und damit langfristig konkurrenzfähig zu werden, übernahm die KWU bei Konstruktion und Bau der AKW eine sogenannte „Leittechnik-Funktion“. Alle Komponenten eines AKW wurden gemeinsam mit der KWU entwickelt, wobei die Unterlieferanten bzw. Komponentenhersteller die Investitionen für ihre Produktion aus eigener Tasche aufzubringen hatten. Abnehmer der Produktion war die KWU als Anbieter des schlüsselfertigen Atomkraftwerkes. Im eigenen Bereich spezialisierte sich die KWU auf den Turbinenbau (im Werk Mülheim) und stellte für Entwicklung und Konstruktion sowie als projektierende Ingenieure noch einmal soviel Beschäftigte ein, wie die KWU bei ihrer Gründung hatte. Bei einem schlüsselfertigen 1300-MW-Reaktor kann die KWU schließlich 1,7 Mio Ingeniurstunden abrechnen – beim Bau von konventionellen Kraftwerkblöcken mit gleicher Gesamtkapazität schlagen nur 36.000 Ingeniurstunden zu Buche, weil die Betreiber ihre eigenen Bauabteilungen einsetzen und die KWU nur Turbine, Generator und Kondensator liefern lassen. Nachdem der KWU-Vorstand 1974 beschlossen hatte, im Werk Berlin die KWU AKW-Komponenten anzusiedeln, sollte damit eine Vergrößerung des Eigenanteils der KWU auf 24% bewirkt werden. Damit reagierten die Unternehmer auf den mitverursachten Rückgang beim Bau konventioneller Kraftwerke und Turbinen. Das Berliner Werk hatte bis dahin Gasturbinen, Kondensations- und Schiffsturbinen hergestellt – aber durch die Ölpreiskrise wurde der Bau von ölbefeuerten Kraftwerken ebenso gestoppt wie der Bau von Schiffsturbinen für Tanker. Die Auslastung der Fertigungskapazität sollte durch AKW-Komponenten gewährleistet werden. Damit verfolgte die KWU mehrere Ziele auf einmal: sie konnte nicht nur ihrem langfristigen Ziel näherkommen, einen Eigenanteil am Bau von AKW wie die führenden US-Konzerne zu erreichen, sie konnte zugleich unliebsame bzw. unpünktliche Unterlieferanten ausschalten und die Produktion im eigenen Hause ansiedeln. Mitte 1976

lief im Werk Berlin die Reaktorkomponentenproduktion an. Zum Teil konnten vorhandene Werkzeugmaschinen benutzt werden, zum Teil waren auch umfangreiche Investitionen notwendig. Sie begnügt sich mit dem Bau von Lagergestellen für Brennelemente, Transporttraversen für Reaktordeckel und Kerngerüsten.

Am Bau von AKW sind insgesamt in der BRD etwa 700 Unternehmen beteiligt, davon allerdings 71% Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als 200 Beschäftigten. Diese kleinen Unternehmen tragen ein relativ größeres Risiko als die Großkonzerne. Wenn das Atomgeschäft kriselt, haben sie nicht genug Reserven, um zu überleben; wenn das Geschäft läuft, können sie damit rechnen, daß die KWU die profitträchtigen Komponenten im eigenen Haus herstellt. In jedem Fall sind die Arbeitsplätze in Gefahr.

Bei der KWU war durch die Nuklearisierungspolitik eine Nichtauslastung der konventionellen Fertigungskapazität die Folge. Gleichzeitig wurde durch Produktivitätssteigerung und Standardisierung der Bedarf an Facharbeit tendenziell abgebaut. Die Aufnahme der Komponentenfertigung, die zum Teil wesentlich weniger qualifizierte Arbeit bedeutet, hatte eine latente Bedrohung der Lohnzahlung, Facharbeitereinstufung und der Arbeitsplätze überhaupt zur Folge. So sollen von 2000 Arbeitsplätzen im Werk Berlin 1400 erhalten werden, wenn sich der Berliner Senat mit 19 Mio. DM an der Modernisierung und Ausweitung des Werkes auf das Gelände der Firma Ludwig Loewe, die dem bundeseigenen Diag-Konzern gehört, beteiligt.

Die Unverfrorenheit von Siemens/KWU kennt keine Grenzen, wenn die Fabrikleitung etwa der Belegschaft mitteilt: „Diese Situation haben wir den Bürgern dieses Landes zu verdanken, die sich gegen den Bau von Kraftwerken wenden“. Als ob jemals Bürger, Arbeiter und Angestellte in der Atomindustrie eine Entscheidung getroffen hätten, daß Siemens/KWU groß ins Atomgeschäft einsteigen sollen, um sich am Weltmarkt eine größere Scheibe abschneiden zu können.

Die Exportgeschäfte der KWU

Eine führende Industrienation muß in der Welt auf den „fortgeschrittenen“ Gebieten tätig sein. Dazu gehört die Atomtechnik. So lautet die oft behauptete, aber nie belegte „Flagschiff“-These der Industriegläubigen.

Feststellbar ist, daß die größten Konzerne auch der Bundesrepublik in zunehmendem Maß auf den Export ihrer Produkte angewiesen sind. Die KWU war sogar von Anfang an zum Export verdammt. 14 Mrd. DM ihres gegenwärtigen Auftragspolsters stammen aus dem Ausland. Davon sind nach KWU-Angaben 7,5 Mrd. mit einem Fragezeichen zu versehen.

Das fängt beim AKW Zwentendorf an. Die Restzahlung in Höhe von 15% des Kaufpreises ist erst nach Inbetriebnahme des Reaktors fällig. Durch das Nein der Österreicher zum Atomstrom ist der Zahlungstermin in weite Ferne gerückt. Zusätzlich bestehen Forderungen der Österreicher an Siemens/KWU wegen Terminüberschreitungen beim Bau. Weil die Alpenrepublik als künftiger AKW-Kunde ausfällt, stornierte die KWU jetzt Aufträge bei österreichischen Unternehmen, die für die KWU-Reaktorkomponenten herstellen.

Noch düsterer sieht es mit den „Export-Geschäften des Jahrhunderts“, dem Verkauf von Nuklearanlagen an Brasilien und den Iran aus.

Insgesamt ist das Brasiliengeschäft wohl am treffendsten mit einem ungedeckten Scheck auf die Zukunft zu vergleichen. Brasilien, das bekanntermaßen nicht einmal kapitalstark war und ist, um konventionelle Kraftwerke zu bauen, läßt sich den

Bau von zwei AKW durch europäische Banken vorfinanzieren. Der Bau wird Brasilien aber mindestens 1 Mrd. Zinsen kosten. Alles, was über den Bau der beiden ersten AKW hinausgeht, bedarf neuer Detailverhandlungen. Vor allem die umstrittene Anreicherung und Wiederaufbereitung sind noch nicht verankert. Die unsichere Basis wird durch den Umstand deutlich, daß von deutscher Seite zur Anreicherung des Urans ein Verfahren angeboten wird, das bisher noch nicht praktisch erprobt worden ist — das Becker'sche Trenndüsen-Verfahren. Auf brasilianischer Seite stellt man wiederum die Lieferung von Uran in Aussicht, von dem niemand weiß, ob es überhaupt vorhanden ist. Die einzigen bisher fest in Brasilien georteten Uranvorkommen in einer Größenordnung von rd. 10.000 Tonnen hat sich die Nuclebras für den Betrieb der eigenen AKW vorbehalten. Der Eigenbedarf ließe sich nur bis etwa 1990 decken.

Entsprechend skandalös ist das Irangeschäft. Noch im November 1977 beschied das Bundeskabinett einen Antrag der KWU auf Übernahme der Exportbürgschaft die Lieferung von vier AKW in den Iran positiv. Der Auftragswert betrug laut „Jahrbuch der Atomwirtschaft“ 19,2 Mrd. DM. Hier waren erst gar keine Geheimverträge notwendig. Die KWU sicherte sich mit einem Anteil von 90% an der KWU Engineering Services 'L. Co. Teheran offiziell die Kontrolle. Als eines der größten Erdöl-exportierenden Länder der Welt war der Iran bisher in der Lage, für die beiden im Bau befindlichen AKW 5 Mrd. DM in Erdöl zu zahlen. Nachdem das Schah-Regime gestürzt war, blieben Ratenzahlungen aus, was die KWU mit der Kündigung des Vertrages beantwortete, denn der Iran war nicht bereit, die zu erwartenden Mehrkosten bis zur Fertigstellung — man vermutete rund 13 Mrd. DM, von denen die KWU sogar 10 Mrd. einräumte — aufzubringen. Für vier weiteren Reaktoren dieser Größenordnung, die an den Iran geliefert werden sollten — und für die bereits umfangreiche Vorarbeiten bei der KWU abgeschlossen sind — ist eingetreten, was im November 1978 noch Befürchtung war: „tiefgreifende politische Umwälzungen könnten die Kaufabsichtserklärungen der iranischen Atomenergie-Behörde in Schall und Rauch auflösen“.

Die Hermes-Versicherung begrenzt den möglichen Verlust aus den schon gebauten AKW für Siemens/KWU auf 230 Mio. DM.

Sichere Arbeitsplätze in der KWU?

Als die KWU 1969 gegründet wurde, hatte sie 7.809 Beschäftigte. Davon waren etwa 5.000 in der Fertigung, 1.500 in Entwicklung und Konstruktion und 1.000 als projektierende Ingenieure tätig. Die Belegschaft nahm in den Folgejahren ständig zu:

1970	8.700
1972	10.000
1974	15.100
1976	17.000.

Aber bereits 1971 klagte die KWU über unerwartete große Schwierigkeiten, „qualifizierte Arbeitskräfte in hinreichender Zahl“ zu bekommen.

Die Struktur der KWU-Belegschaft entspricht auch ganz und gar nicht dem bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt: Aus einer Anzeige der KWU in der „Welt der Arbeit“ geht hervor, daß 60% der KWU-Belegschaft Wissenschaftler und Techniker sind. Nur 40% sind Arbeiter, von denen wiederum 2/3 Facharbeiter und der Rest Ungelernte sind. Das verdeutlicht das Ausbildungsniveau in der Atomindustrie — 65% Facharbeiter gegenüber nur 39% in der gesamten Industrie der BRD. Da sind die Spezialqualifikationen für den Bau und Betrieb von AKW nur langfristig erwerben lassen, mußte die KWU die Belegschaft derart vergrößern.

Im Zuge der Nuklearisierung erhöhte sich der Facharbeiter-Anteil nur geringfügig um etwa 20%. Dagegen wurde der der Wissenschaftler und Techniker gewaltig aufgebläht. In den Standorten Offenbach und Erlangen, die mit Projektierung und Konstruktion beschäftigt sind, stieg die Belegschaft von 1969 bis heute um 430%. Dieser Einkauf war für die KWU insofern profitabel, als sie pro Reaktor 1,7 Mio. Ingenieurstunden in Rechnung stellen konnte. Aufgrund der Veränderung in der Personalstruktur stieg natürlich der Personenaufwand der KWU kräftig an. Im untersuchten Zeitraum ist eine Verdreifachung festzustellen, das ist einmalig unter den Großunternehmen der BRD und auch der durchschnittliche Jahreslohn liegt höher als bei den meisten anderen BRD-Konzernen.

Die Nuklearisierung der KWU und die Nichtauslastung der viel zu hoch ausgebauten AKW-Fertigungskapazität hat zur Folge, daß vor allem die Arbeitsplätze der Arbeiter gefährdet sind. So wurde im März 1979 der Wirtschaftsausschuß und die Betriebsräte-Vollkonferenz mit Personalabbau und Kapazitätssenkungen konfrontiert: Während Siemens die etwa 600 Mann starke Abteilung „Leittechnik“ des KWU-Werkes Erlangen direkt übernahm, sollen im Werk Berlin 600 Arbeitsplätze und im Werk Mülheim 300 abgebaut werden. Dabei sind in Berlin allein von Januar bis März 1979 120 KWU-Arbeiter entlassen worden, die Kapazität soll drastisch gesenkt werden, um eine bessere Auslastung zu erzielen.

FLUGBLATT DES KWU-BETRIEBSRATS:

Es geht auch um ihre Zukunft!

Erlangen, im November 76

Kraftwerke, die heute gebaut werden, sichern die Arbeitsplätze der Zukunft für uns alle.

Wer heute verhindert, daß Kraftwerke gebaut werden, macht sich schuldig an der Arbeitslosigkeit von morgen.

Wir sind für Bürgerinitiativen.

Wir sind dafür, daß die Bürger gehört werden.

Wir sind für weitestgehende Aufklärung und Information.

Aber: Wir haben kein Verständnis für Leute, die als Berufsdemonstranten durch die Lande ziehen und rechtswidrig Bauplätze besetzen, während wir Arbeitnehmer unsere Pflicht tun.

Wir verurteilen die einseitigen Darstellungen in Presse, Funk und Fernsehen über die Vorgänge bei Kraftwerksbauten. Diese bewußte Irreführung und Manipulation der öffentlichen Meinung gefährdet zehntausende von Arbeitsplätzen.

Kernkraftwerke sind die sichersten technischen Großanlagen unserer Zeit.

Alles wird in staatlichen Genehmigungsverfahren sorgfältig und ernsthaft geprüft. Deshalb hat z.B. das Genehmigungsverfahren für Brokdorf zweieinhalb Jahre gedauert. Erst danach wurde eine rechtswirksame Baugenehmigung erteilt. Gerade wir sind für die Sicherheit im Kraftwerksbau, denn auch wir haben Familie und Kinder und sorgen uns um deren Gesundheit und Zukunft. Geben Sie uns bitte Ihre Unterschrift! Wir wollen damit der Öffentlichkeit deutlich machen, daß es nicht nur Gegner gibt, sondern auch Menschen, die an der Sicherung der Energieversorgung von morgen und an der Erhaltung der Arbeitsplätze, heute und in der Zukunft, interessiert sind.

Um die Arbeitsplätze vor allem der Arbeiter bei der KWU zu sichern, ist eine Umorientierung der Produktion auf andere Energieversorgungs-konzepte unerlässlich. Dabei fällt als behinderndes Negativum vor allem die Spezialisierung auf Großturbinenbau in Mülheim ins Gewicht — die einzige Fertigung, bei der die KWU international überhaupt konkurrenzfähig ist. Investitionen in alternative, zukunfts-trächtige Produkte wurden kaum getätigt.

Wenn schon die Menge der beim Bau von Atomkraftwerken beschäftigten Arbeiter keinen Beitrag zum Abbau der seit Jahren herrschenden Massenarbeitslosigkeit — vor allem bei den ungelernten Arbeitern — leistet, so sollte in diesem Zusammenhang der Alltag im Reaktor-Komponentenbau am Beispiel des Berliner Werkes illustriert werden.

In der Abteilung 400 (Stahlbau) wird im 3-Schicht-Betrieb an Reaktor-Komponenten geschweißt. Da die Abteilung zunächst an Arbeit zu ersticken drohte, lieh man aus anderen Abteilungen Kollegen, heuerte Schweißer aus der BRD von Unternehmen wie Klöckner und Gute-Hoffnungs-Hütte und aus Polen an. Auf einer Fläche, wo früher 120 Kollegen arbeiteten, wurden 350 zusammengepfert.

Auf engstem Raum wird dort geschweißt, geschliffen und gefügt, Elektriker heizen die Schweißteile an, Prüfer und Kranfahrer fuhrwerken dazwischen, ein Gewirr von Kabeln und Schläuchen, Lärm und Enge und schlechte Luft runden das Bild ab.

Die „Normaltemperatur“ in den vorgeheizten Schweißteilen beträgt 80–90°C. Allerdings mußte auch schon bei Temperaturen um 130° gearbeitet werden. Die Reaktordruckbehälter-Abstützungen haben ein Einstiegsloch von 500x500 mm, innen ist es extrem eng.

Da müssen Kollegen mit einer Schleifscheibe drin arbeiten. Asbest wird zur Wärmedämmung verwendet. Asbeststaub ruft jedoch bekanntlich schwere Gesundheitsschäden hervor. Und mancher Kollege hat dort einen Hitzschlag bekommen.

Von Humanisierung der Arbeitswelt kann hier nicht die Rede sein. Wer auch immer so vehement die Arbeitsplätze in der Atomindustrie gegenüber „gefährlicheren“ Arbeitsplätzen im Kohlebergbau usw. herausstreicht, der sollte wissen, wie's dort schon im nichtradioaktiven Bereich zugeht, ganz zu schweigen vom Uranbergbau!

Wie macht die KWU Profit?

Bei der KWU ist, anders als bei anderen BRD-Konzernen, der verschleierte Gewinn hauptsächlich auf überhöhte Abschreibungen für Anlagen — obwohl dieser Posten von 1969 bis 1977 immerhin rd. 300 Mio. DM ausmacht —, sondern auf Rückstellungen zurückzuführen. Das waren im Untersuchungszeitraum insgesamt rd. 1 Mrd. DM, die von der KWU für „drohende Verluste aus schwebenden Geschäften“ bzw. „für Risiken aus der Einbringung der Reaktorabteilungen“ gemacht wurden.

Die Nuklearisierung wurde nicht nur als technisches, sondern auch als wirtschaftliches Risiko begriffen und zwang das Kapital zu Vorsichtsmaßnahmen. Bekanntlich hat sich die AEG, nachdem sie 1976 ihren Anteil an der KWU an Siemens verkaufen mußte, mit nochmals 1,215 Mrd. DM von weiteren Verlusten freigekauft, aber insgesamt 1,7 Mrd. in das Atomgeschäft fehlinvestiert.

In den Aufbaujahren 1971–1975 hat die KWU aus eigener Produktion keinen Profit gemacht. Sie verdiente am meisten durch sogenannte Übertragungsprofite, also durch Zinsen von Unterlieferanten, durch Staatssubventionen im Bereich der Forschung und Entwicklung, das Berlin-Förderungsgesetz und sonstige Investitionszulagen.

Während der Anteil des Übertragungsprofits am gesamten Bruttoprofit bei der BRD-Großindustrie im Durchschnitt bei 27,6% lag, war er bei der KWU stets mindestens 3 x höher.

Eine Auswertung des Förderungskataloges 1977, herausgegeben vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, hat ergeben, daß die KWU-Gruppe Subventionen in Höhe von 221,8 Mio. DM abgesahnt hat. Zusätzlich ist die KWU-Gruppe über die INB (Internationale Natrium-Brutreaktor-Bau GmbH) an dem größten BMFT-Förderungsposten überhaupt beteiligt: von 1970 — 1981 sind für den Bau des Schnellen Brüter in Kalkar 1,193 Mrd. DM Staatssubvention veranschlagt. Weitere 145 Mio. sind von 1968 — 1978 gemeinsam mit der Kernforschungsanlage Karlsruhe für das Schnelle Core KNK II kassiert worden.

Die Subventionsstruktur weist noch als charakteristisches Kennzeichen auf, daß die kleinen KWU-Töchter relativ höhere Staatsmittel einheimsen als die KWU selbst. Absolut wird die KWU 1977 von ihrer Tochter Interatom übertroffen, die mit 86 Mio. DM nahezu 15 Mio. DM mehr einsackte als die Mutter. Die Atomindustrie hat die hohe und zunehmende Verflechtung der BRD-Großindustrie schon als Produktionskennzeichen, da alle beteiligten Firmen von der Leittechnik-Funktion der KWU abhängen. Sie mußte sich also nicht wie andere Großunternehmen bei anderen Firmen einkaufen, sondern hat die Diversifizierung mit dem AKW-Produkt gekoppelt. Die 700 am Bau von AKW beteiligten, zumeist mittleren und kleineren Unternehmen haben durch Zinszahlungen etwa die Hälfte des Übertragungsprofits der KWU beigesteuert.

Besonders interessant für den Steuerzahler ist die Tatsache, daß die KWU im Durchschnitt der Jahre lediglich 8,7% des Bruttoprofits als Steuern an den Staat abgeführt hat. Das ist nur 1/3 dessen, was die 50 größten BRD-Konzerne im Durchschnitt abgeführt haben. Dabei ist auch dort eine sinkende Tendenz feststellbar. Die KWU setzt diese Tendenz nicht nur fort, sondern hat das Instrument der Staatssubvention durch gesetzlich mögliche Gewinnverschleierung perfekt angewandt. Weist die Eigenkapitalrendite — darunter versteht man das Verhältnis von vorgeschossenem Kapital (Eigenkapital) zum Profit, d.h. die Profitrate — schon bei den 50 größten BRD-Konzernen eine steigende Tendenz auf — sie liegt dort etwa bei 33%, das vorgeschossene Kapital wird also innerhalb von 3 Jahren wieder verdient —, so ist die Profitrate der KWU mit 66,8% im Jahre 1976 doppelt so hoch. Mit anderen Worten: die KWU erhält ihr eingesetztes Kapital innerhalb von knapp 1 1/2 Jahren zurück.*

Nachdem Siemens die KWU voll übernommen hat, brauchte die Bilanz nicht mehr veröffentlicht zu werden. Dadurch ist es der Öffentlichkeit nicht möglich, die Angaben über das Geschäftsjahr kritisch zu hinterfragen. Soweit bekannt, hat auch der Wirtschaftsausschuß, der laut Mitbestimmungsgesetz zur Hälfte mit Vertretern der Beschäftigten besetzt sein muß, keine entsprechenden Angaben erhalten. Für 1977 behauptete Siemens, daß ein Verlust in Höhe von 13 Mio. in der KWU AG entstanden ist, welche Gewinne die übrigen Mitglieder der KWU-Gruppe gemacht haben, ist nicht bekannt. 1978 wird ein Gewinn von 8,8 Mio. DM angegeben.

Schon im Interesse der Beschäftigten der KWU ist zu fordern, daß die Bilanzen der KWU-Werke nicht länger durch die konsolidierte Siemens-Bilanz verschleiert werden. Die reale Entwicklung der Gewinne der KWU interessieren darüber hinaus die Öffentlichkeit, damit in Zukunft die Möglichkeit verbaut wird, durch Gewinnverschleierung weiterhin derartige Überkapazitäten zu entwickeln und die Kosten für derartige Fehlplanungen der Gesellschaft aufzubürden. Da die Auftraggeber für die AKW im wesentlichen staatlich kontrollierte Energieversorgungsunternehmen im In- und Ausland sind, ist eine gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung für gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Energieversorgungsunternehmen angezeigt. Aus der Konzernanalyse der KWU geht eindeutig hervor, daß die Beschäftigten und die Steuerzahler die Gelackmeierten sind, während die Technologie- und Entwicklungsplaner von Siemens/KWU Subventionen und Investitionsbeihilfen eingestrichen und den Fiskus um Steuern gebracht haben. Die Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste hat in der Atomindustrie hoffentlich das Faß zum Überlaufen gebracht.

* Arbeitsgruppe Großunternehmen (Peter Flieshardt, Uwe Haupt, Hörg Huffschild, Reinhard Sablotny, Angelina Sörgel), Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie. Eine Untersuchung der 50 umsatzgrößten Kapitalgesellschaften der BRD von 1967 bis 1975, Köln (Bund-Verlag) 1977.